

Geplante Biogasanlage: Geruch soll nicht nach Kaichen ziehen

Niddatal-Kaichen (udo). Im neu errichteten Bullenstall außerhalb von Kaichen an der Straße nach Bönstadt und Altstadt informierten die Familie von Klaus Merz und die Vertreter der beteiligten Baufirmen am Mittwochabend über ihre geplante Biogasanlage.

Dabei konnten vor allem die Anwohner von den zuständigen Planern beruhigt werden: Ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, ständige Geruchsbelästigung und eine Schädigung des Landschaftsbildes werde es nicht geben, versicherten die Betreiber.

Vor Repräsentanten der städtischen Gremien, Anwohnern und interessierten Gästen sprachen Klaus Merz, Holger Müller (Planungsgruppe Müller) und Dr. Niels Holm (Limotec) über den Stand der Planung. Sie betonten, nur Stoffe aus der nächsten Umgebung würden angefahren. Die Silos schlössen dicht, Geruch entstehe allenfalls bei der Zwischenlagerung, die aber nicht lange dauere. Zudem liege die Hauptwindrichtung optimal: Der Luftaustausch bringe möglichen Geruch ins nahe Krebsbachtal und nicht nach Kaichen.

Zwar sollen die drei zu bauenden Silos zwölf Meter aus dem Boden ragen, doch entfalle davon nur die Hälfte auf die Behälter selbst und der Rest auf ihr kegelförmiges Dach. Die Erbstädter Höhe Sorge dafür, dass die Silos von Kaichen aus im Landschaftsbild nicht störten und allenfalls von der Bundesstraße aus auffielen.

Von einer von Anwohnern befürchteten Explosionsgefahr könne keine Rede sein, da bei 4000 vergleichbaren Anlagen in Deutschland lediglich vier oder fünf bei der Inbetriebnahme geplatzt seien - da allerdings durch Staub- und nicht durch Gasexplosionen. Schlachtabfälle würden in Kaichen nicht verwendet. Auch hätten die für Kaichen vorgesehenen Behälter eine erheblich höhere Qualität als herkömmliche Güllebehälter.

Silke Merz begrüßte die Gäste, unter denen sich der CDU-Landtagsabgeordnete Klaus Dietz befand. Dann erklärte Ehemann Klaus Merz, was ihn zum Bau der 500-Kilowatt-Anlage bewogen habe. Die Abfallstoffe seien in der nächsten Umgebung vorhanden, das Vergären der Gülle beseitige den allergrößten Teil des Geruchs und möglicherweise könne später sogar noch die Abwärme der 400 Meter vom nächsten Haus gelegenen Anlage verwertet werden.

Holger Müller skizzierte das Planungsverfahren, das wiederholt eine Bürgerbeteiligung vorsehe. Schon das Bebauungsplanverfahren, das das Stadtparlament Ende März eingeleitet hatte, berücksichtige das Bürgerinteresse, die Pläne lägen wiederholt bei der Kommune aus, Anregungen würden nach Möglichkeit berücksichtigt. Erst ein Satzungsbeschluss der Stadt führe zur Rechtskraft. »Wir bringen Ihr Votum ein«, sagte Merz. Ein Flächenausgleich finde in der Aue des nahen Krebsbaches statt.

Nicht wie Kompostierungsanlage

Eine Anfrage in der lebendig geführten Diskussion ergab, dass auch bisher schon Gülle aus Assenheim nach Kaichen kam. Die Vergasung in der Anlage minimiere die Geruchsbelastung, betonte Merz erneut. Ergebe sich eine Wärmenutzung, könne Kaichen auch direkt von der Anlage profitieren. Man erwäge die Trocknung von Holzhackstücken und die Wärmeweiterleitung.

Dr. Niels Holm kommentierte weiter, dass die geplante Änderung des Energieeinspeisegesetzes voraussichtlich die Verwertung von Rohstoffen fördern werde. »Ausgegorene Gülle riecht auch gar nicht mehr.« Nur kleine Zwischenspeicher seien notwendig. Mit der Kompostierungsanlage in Ilbenstadt seien sie schon deswegen nicht zu vergleichen.

Holm erläuterte den Weg vom Mais und der Gülle hin zum Strom. Wegen des »Gülle-Booms« gingen reine Maisanlagen in Deutschland stark zurück. Die Anlage laufe vollautomatisch, und ihre Betriebsdaten würden an den jeweils Verantwortlichen weitergegeben. Weiter erfuhren die Gäste, dass mit den anbauenden Landwirten Verträge über zehn Jahre geschlossen werden sollen. Die Anlage werde 20 Jahre laufen.

Der von einem Kaichener befürchtete Wechsel der Substrate werde schon wegen der Genehmigung gar nicht möglich sein. Der neue Erschließungsweg zur Kreisstraße werde vom Vorhabenträger finanziert, der zusätzliche Verkehr auf der Kreis- und der Bundesstraße marginal sein.

Trotz all dieser Argumente äußerte ein Besucher die Befürchtung, »die Grundstückspreise könnten

sinken«. Seine Überlegungen zu einer möglichen Entschädigung wurden vom Publikum heiter aufgenommen.

© Wetterauer Zeitung 2011 - www.wetterauer-zeitung.de